rote garde

tribüne der revolutionären jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha, alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Ceringasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort: Wien.

Einzelpreis: S 3.–
Jahresabo. S 24,–

Zuschriften an:
1205 Wien, Postfach 3.
Telefon 42 82 00

Nummer 28
Februar 1972



Wissen Sie schon ...



. . . daß es dem jungen Österreicher, falls er zufällig der Sohn eines Unternehmers und kein armer Hund sein sollte, eigentlich ganz gut geht?



Und wissen Sie, daß einem Arbeiter „Recht" geschieht, wenn er gegen unseren Rechtsstaat aufmuckt?

Sie wissen es.

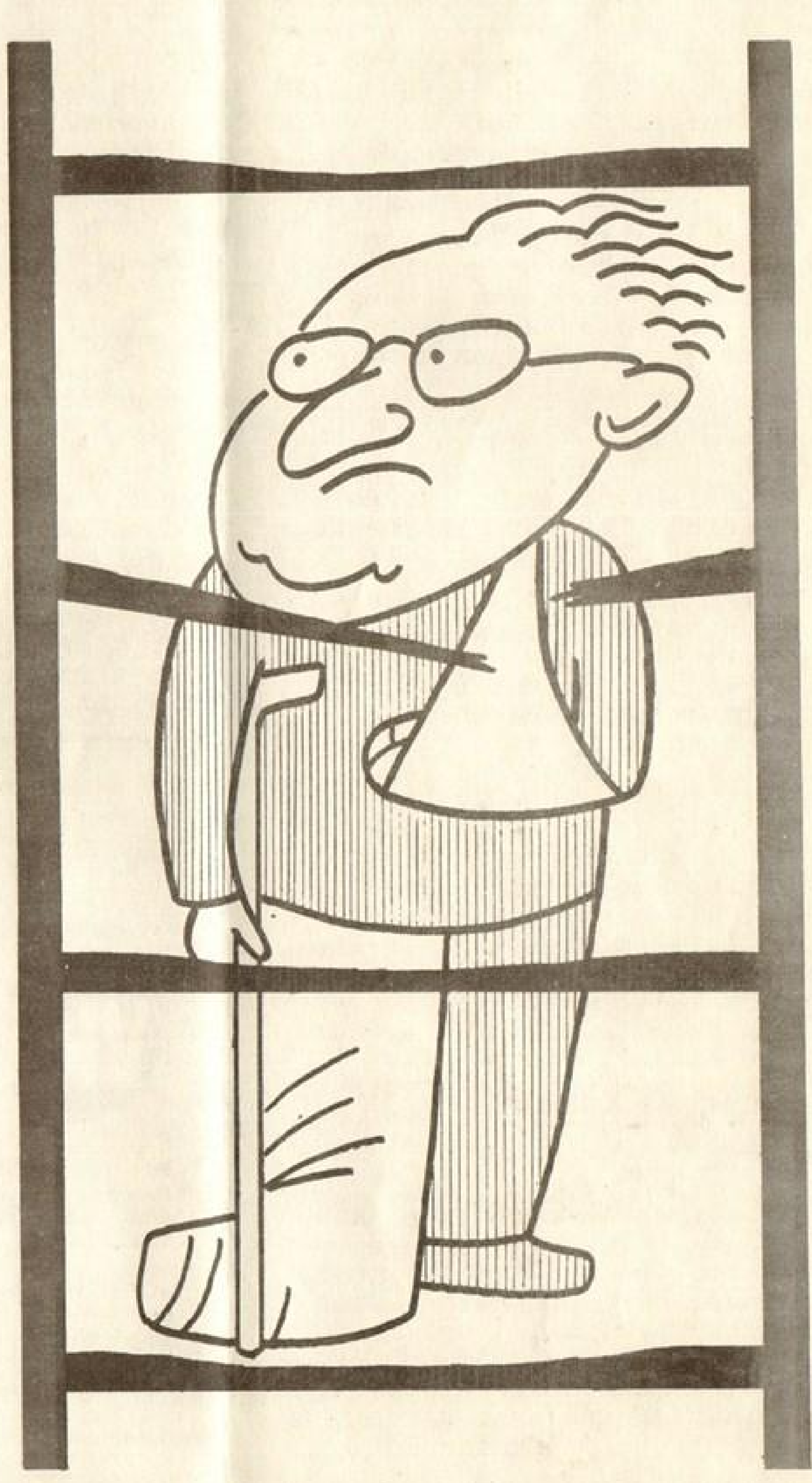
Aber wissen Sie auch, daß die ROTE GARDE diesen Rechtsstaat in Frage stellt? Und wissen Sie, daß die ROTE GARDE von jungen Marxisten gemacht wird? Schlimmer noch: Von Pro-Vietkong-Demonstranten. Von überzeugten Kommunisten. Von potentiellen Partisanen!

Wissen Sie, daß Sie durch ein Abonnement der Zeitschrift ROTE GARDE die Feinde unserer guten alten Gesellschaftsordnung unterstützen?

Jetzt wissen Sie es!

rote garde

tribüne der revolutionären jugend



Wieder eine Sprosse auf der Leiter zum Erfolg: Kreiskys Bundesheer-Reform

Siehe Seite 3

REVOLUTION IST KEINE MODE

Ist es nicht bemerkenswert, wie jene Presse, die alle wirklichen Revolutionen giftig verleumdet, andauernd irgendwelche "Revolutionen" sensationell herausstreicht. Allerdings kann auch die marktschreierische Reklame nicht verbergen, daß mit bunten Flitterkram längst abgetakeltes bürgerliches Gedankengut neu aufgeputzt wurde. Eben weil der Kapitalismus schon längst keine Zukunft mehr besitzt, kann die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, nichts wirklich Neues hervorbringen. Um die Stagnation, den Leerlauf, das ewige Drehen im Kreis zu verdecken, werden scheinbare Veränderungen vorgegaukelt. In Wirklichkeit löst eine Mode die andere ab, während alles beim Alten bleibt. Denn real sind nicht die Schaumschlägereien, nicht die reich ausgestatteten Märchen für Erwachsene, sondern die KLASSENVERHÄLTNISSE.

Die Frage, WER den gesellschaftlichen Reichtum erzeugt und WER ihn in seine Tasche jongliert, enthält konsequent durchgedacht eine Sprengkraft gegenüber der alle sogenannten Revolutionen harmlose Luftblasen sind. Wenn man die bürgerlichen Lügenfabrikanten hört, ist gerade diese Frage völlig uninteressant und die marxistisch-leninistische Theorie, die sich vornehmlich damit beschäftigt, restlos veraltet und überholt. Die Beschäftigung mit der Wirklichkeit soll überholt und veraltet sein? Aber nur für jene Klasse, die bereits selbst überholt und veraltet ist; keinesfalls für die, der die Zukunft gehört, nämlich für die Arbeiterklasse!

"Der Sklave, der sich seiner Sklavenstellung bewußt ist und gegen sie kämpft, ist ein Revolutionär. Der Sklave, der sich seiner Sklaverei nicht bewußt ist und in schweigendem, unbewußtem und stummen Sklavenleben dahinvegetiert, ist einfach ein Sklave. Der Sklave, dem der Speichel zusammenläuft, wenn er selbstzufrieden die Reize des Sklavenlebens beschreibt und über den gütigen und lieben Herrn in Entzücken gerät, ist ein Knecht, ein Lakai" (Lenin).
Die ganze kapitalistische Meinungsindustrie mit ihrer angeblichen Progressivität, Modernität und Menschlichkeit soll einzig und allein das Bewußtsein der Sklavenrolle auslöschen, den Reiz des Sklavenlebens herausstreichen und so "Sklaven zu Lakaien" machen.

Die "rote garde" will gerade das Gegenteil erreichen, nämlich die breite Masse der Arbeiterklasse, die sich der Unterdrückung und Ausbeutung und der Notwendigkeit ihrer Beseitigung noch nicht bewußt geworden ist, zu bewußten Kämpfern ihrer Klasse zu erziehen.

Für jeden Einzelnen ergibt sich aber die Frage, welchen Beitrag er dazu leistet. Denn die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur, wie es in der Internationale heißt, das Werk der Arbeiter sein. Daher mehr Aufmerksamkeit den Klassenfragen und unversöhnlicher Kampf den bürgerlichen Shows!



Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

FÜR DIE VOLKSMACHT, das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), erscheint monatlich.
Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–.

ROTE GARDE (tribüne der revolutionären jugend) erscheint jährlich zirka 10- bis 12mal.
Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 24,–.

Bestellungen bitte an das Postfach 3, 1205 Wien.

Bundesheer- Reform

Geschenk der Regierung

Um auch die hartnäckigsten Optimisten vom wahren Gehalt der "Bundesheerreform" zu überzeugen, hat Kreiskys Schoßkind Lütgendorf die Streichung des Weihnachts- und Neujahrurlaubes mit einer sehr aufschlußreichen Begründung versehen. Daß bei der Neuregelung des Wehrdienstes der frühere obligate vierzehntägige Urlaub gestrichen worden sei, schloß das Verteidigungsministerium, lasse erkennen, daß der Gesetzgeber sämtliche Begünstigungen im Interesse einer intensiven Ausbildung beseitigen wollte. Anders ausgedrückt: Bestimmendes Motiv der "Reform" sei die Verstärkung des Militarismus und damit die Verstärkung der Macht der kapitalistischen Ausbeuter und diese ist allen Maßnahmen zugrundezulegen! Eine aufschlußreiche Logik, die für sämtliche mit riesigen Propagandaaufwand hochgespielte Projekte für ein "modernes Österreich" gilt.

Auf das heuchlerische Wehklagen der scheinoppositionellen Jugendverwaltungsorganisationen der SPÖ und der Revisionisten trifft das Leninwort zu: "Die Revolution fürchten, von Reformen phantasieren und darüber jammern, daß die "Reformen" in der Praxis von den Fronherren im Sinn der Fronherrschaft durchgeführt werden - das ist der Gipfel an Niedrigkeit und Schwachsinn".

Betrugsreform marschiert

Was ist Freizeit?

War die "Verkürzung des Wehrdienstes" ganz übler Betrug, sind es die sonstigen "Reformen" nicht minder. Überall der gleiche Trick: der Gegner wirft längst überholten und darum für ihn wertlosen Plunder ab, um neue Lasten aufzubürden. z.B. ist jetzt der theoretische Unterricht eingeschränkt. Zurecht, denn er ist für das Bundesheer purer Luxus. Der einfache Soldat ist sowieso Kanonenfutter und für den Hausgebrauch bedarf es weniger der Kenntnisse, als der Unkenntnis!

War früher das Waffenputzen, die Reinigung von Bekleidung, Ausrüstung und Unterkunft Bestandteil des Dienstes und eine Verlängerung darüber hinaus bloße Schikane, so hat die "Reformregierung" dieselbe Schikane nun zum offiziellen Reglement erhoben. Wer den Barras bereits genossen hat, weiß, was das in Wirklichheißt: Dienstende nie!

Hielt der Gedanke an die eigene Freizeit früher den Schleifer ab, allzusehr und dauernd diese Art von Schikane zu pflegen, hat die neue Regelung solche Skrupel beseitigt. Denn nach dieser ist der Kontrollierende und der Überstunden Schiebende, somit zur Anwesenheit Verpflichtete, eine Person. Und daß jetzt jene edle Rasse, die Schikanen als Zeitvertreib betrachtet, unter Kreisky und Lütgendorf ausgestorben sein soll, nötigt den Kennern nur ein mildes Lächeln ab.

Aber wie meinte doch kürzlich ein Regierungsmitglied: "Wir haben mit der politischen Realität zu rechnen und mit den Strukturen, die jetzt bestehen." Mag also die Regierung den Misthaufen Kapitalismus gleichermaßen willig wie bedenkenlos ihre Reverenz erweisein. Wir stellen ihn ebenfalls in Rechnung, für den Abtransport nämlich.

"MITBESTIMMUNG"-EIN FAULES EI

Nun beginnt auch unter den Lehrlingen die "Mitbestimmungs"propaganda anzulaufen. Wie berichtet wird, startet in diesem Monat die "Aktion M - Mitbestimmung der arbeitenden Jugend". Eine Unterschriftenaktion soll bei Regierung und Parlamentariern der Forderung nach gesetzlich verankerten Jugendvertrauensmännern "Nachdruck" verleihen. Für die Durchführung zeichnet die Gewerkschaftsjugend.

Zweifellos würden Jugendvertrauensmänner mit ähnlichem Status wie Betriebsräte ausgerüstet ein Fortschritt sein im Kampf der Jungarbeiter und Lehrlinge um ihre Rechte. Aber so wie die Kampagne aufgezogen wird, läßt sich leicht erraten was dahinter steckt. Mittels einer berechtigten Forderung der Jungend, soll das Gift der "Sozialpartnerschaft", der"Zusammenarbeit" zwischen Unternehmer und Arbeiter und wie die Schlagworte alle heißen, die vom Klassenkampf ablenken sollen, nun auch in die Hirne der arbeitenden Jugend gespritzt werden. Denn was hat die Forderung nach gesetzlich verankerten Jugendvertrauensmännern mit "Mitbestimmung"- wie es schon im Namen heißt, unter dem die Aktion startet- oder mit "Verantwortung", wie in einer Erläuterung ausgeführt wird, zu tun?

Es ist dies das gleiche Geschrei nach "Mitbestimmung" oder etwa, wie es auch schön heißt, "Vermögensbildung in Arbeiterhand", das der ÖGB nun schon seit Jahren hören läßt. Genauso wie die gesamte Arbeiterschaft, darf auch die Jugend nicht auf dieses Geschrei hereinfallen.

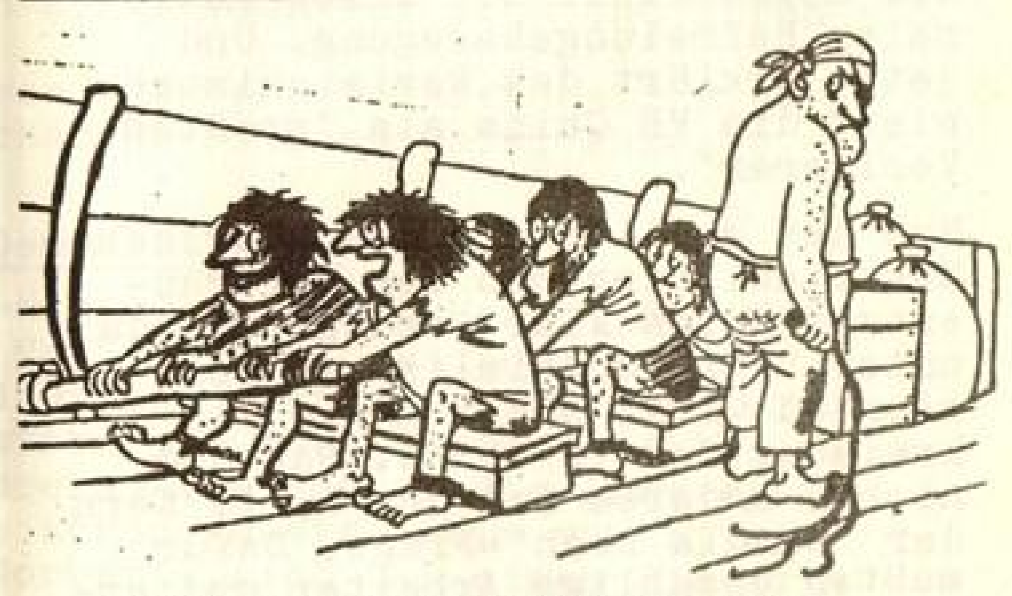
Die Bonzen in der SPÖ- und Gewerkschaftsführung sind treuergebene Diener des Monopolkapitals; als Manager des bürokratischen Kapitalismus naschen sie ausgiebig an den Profiten, die aus der gesamten arbeitenden Bevölkerung herausgepreßt werden. Bei dem ganzen Gerede von Mitbestimmung gehen sie davon aus, daß die Arbeiter auf die Dauer nicht mehr gewillt sind, sich die autoritäre Herrschaft des Kapitalisten bieten zu lassen, daß man also die wahren Besitzverhältnisse verschleiern muß.Zwei Punkte stechen dabei den Arbeiterverrätern besonders ins Auge. Gelingt es erstens dem Arbeiter das Gefühl zu vermitteln, er hätte (z.B. im Betrieb) etwas "zu reden", kann er leichter davon abgehalten werden, den Ausweg aus der rauhen Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Unterdrückung, Antreiberei amArbeitsplatz, den ständigen Preissteigerungen, überhaupt der ganzen ungesicherten Existenz des Lohnempfängers, in der revolutionären Umgestaltung des gesamten Systems zu sehen. Denn gleichzeitig mit der "Mitbestimmung" kommt ja auch die "Mitverantwortung".

Z.B. sind jetzt schon die viel zu geringen Lohnerhöhungen immer wieder als die Ursache der Preissteigerungen angeprangert worden. Läßt man also unter dem Motto"Mitbestimmung" die Arbeiter oder ihre "Vertreter" in irgendwelchen Gremien, die man einrichten wird, auch etwas "sagen", sind sie dann natürlich auch"mitschuldig" an Preissteigerungen, Krisenerscheinungen etc., die der Kapitalismus aber unweigerlich mit sich bringt. Wie leicht kann man also den Arbeitern sagen:"Was wollt ihr,eure Vertreter haben ja mitbeschlossen, es geht gar nicht anders". Und statt entschiedenen Klassenkampf für ihre Interessen zu führen, sollen die Arbeiter durch "verstärkte Anstrengungen" sprich mehr Arbeit ohne Lohn dafür - die "Misere" beheben.

Und zweitens denken sich die Erfinder der "Mitbestimmungstheorie aus (zu ihnen gehören auch die revisionistischen Arbeiterverführer an der Spitze der "KPÖ), daß der Arbeiter ja viel mehr "leistet" wenn ihm nicht bewußt ist, daß er für fremde Interessen arbeitet. Die Kapitalisten haben sich - richtig - errechnet, daß der Arbeiter nicht voll produktiv und daher nicht bis aufs äußerste profitabel ist, wenn er die Ausbeutung und Unterdrückung tagtäglich am eigenem Leib verspürt, weil er sich dem bewußt oder unbewußt widersetzt.

Impft man dem Arbeiter aber ein, er hätte etwas "mitzubestimmen", gibt man ihm das "Bewußtsein" er arbeite ja im Interesse "seiner" Beschlüsse, so wird er soviel als möglich aus sich herausholen,viel intensiver arbeiten, da er ja scheinbar nicht mehr für den Unternehmer arbeitet, sondern "für sich selbst". Dieser psychologische Trick soll noch wirksamer gemacht werden,mit der gleichzeitig ausgegebenen Parole von der "Vermögensbildung in Arbeiterhand", durch "etwas werden" kann, sozusagen "gleichberechtigt" mit dem Unternehmer.Ihre Anfänge hatte diese kann. Ihre Anfänge hatte diese Parole in den "Volksaktien", in der Zahlung von "Ertragsprämien" usw., sie soll durch sogenannte "Investlöhne" weiter ausgebaut werden, zum "gewichtigen Argument" für die "Notwendigkeit der Mitbestimmung".

Es bleibt aber dabei: "Mitbestimmung" heißt verstärkte Ausbeutung und noch mehr Unternehmerprofit. Bestimmen konnten die Arbeiter noch in keinem österreichischen Betrieb. Höchstens nahmen im Falle von Kündigungen verführte oder verräterische Betriebsräte die Auswahl vor. Denn im Kapitalismus gibt es für die arbeitenden Menschen nichts zu reden. Die einzige Orientierung heißt Klassenkampf bis zum Sturz der Ausbeuterherrschaft und der Errichtung der Volksmacht!



"Erzähl uns doch den Witz von der Mitbestimmung nochmal, Kollege"

Charakteristische Blamage

Wie peinlich Tatsachen sind und wie jämmerlich die Rolle jener angeblichen Marxisten-Leninisten.

Monatelang besorgten sie das Geschäft der russischen und indischen Kriegstreiber. Monatelang faselten sie vom "revolutionären Volkskrieg", vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker"! Alles einzige Lüge. Denn die Macht und das Ansehen der nationalen antiimperialistischen Freiheitsbewegung zwang die indischen Expansionisten und ihre Hintermänner sich als "Freiheitskämpfer" zu kostümieren.

Nunmehr glauben die indischen Machthalter und ihre bengalischen Statthalter auf die irregeführten und chauvinistisch verhetzten Volksmassen verzichten zu können. Solange diese Waffen in Händen haben, fühlen sie sich ebensowenig sicher, wie ein Dieb, solange der Bestohlene ihn noch beim Kragen packen kann.

Die Dutzendliberalen sehen das viel klarer und können es mit Rücksicht auf ihren Leserkreis auch offen aussprechen, daß die Tage der Demagogie und Phrase sich neigen und die gewöhnliche Ausbeutung und Unterdrückung als Endergebnis übrig bleibt!

Die revisionistischen Fälscher finden sich in einer ungleich übleren Lage, denn sie haben ihren Anhang den Honig der Revolution ums Maul geschmiert und überlegen nun, wie sie den Löffel Teer der "Normalisierung" an den Mann bringen. Die Witzeleien des "jan" von der "Volksstimme" sind dazu nicht geeignet, denn die dort gezeichnete Karikatur stellt sich alsbald als Wirklichkeit vor!

Tante Barbara gibt Anweisungen . . .

„Im Inneren scheint Mujib seine gewaltige Popularität voll ausnützen und den radikaleren Teil der Mukti Bahinis rasch in die Schranken weisen zu wollen. Ihre Entwaffnung wird eine seiner ersten Aufgaben sein . . ."

Diese Anweisungen gibt Barbara Coudenhove-Kalergi in der „Arbeiter-Zeitung" vom Freitag. Scheich Mujib weiß jetzt hoffentlich, was er zu tun hat.

Ist das nicht die gleiche Dame, die sich sonst immer für radikale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt ereifert? Sie ist es. Aber Tante Barbara hat eben ein feines G'spür für Radikale und Radikale. Sie wittert, wo der Kaffeehaus-Spaß aufhört und der Ernst des Lebens beginnt. *jan—*

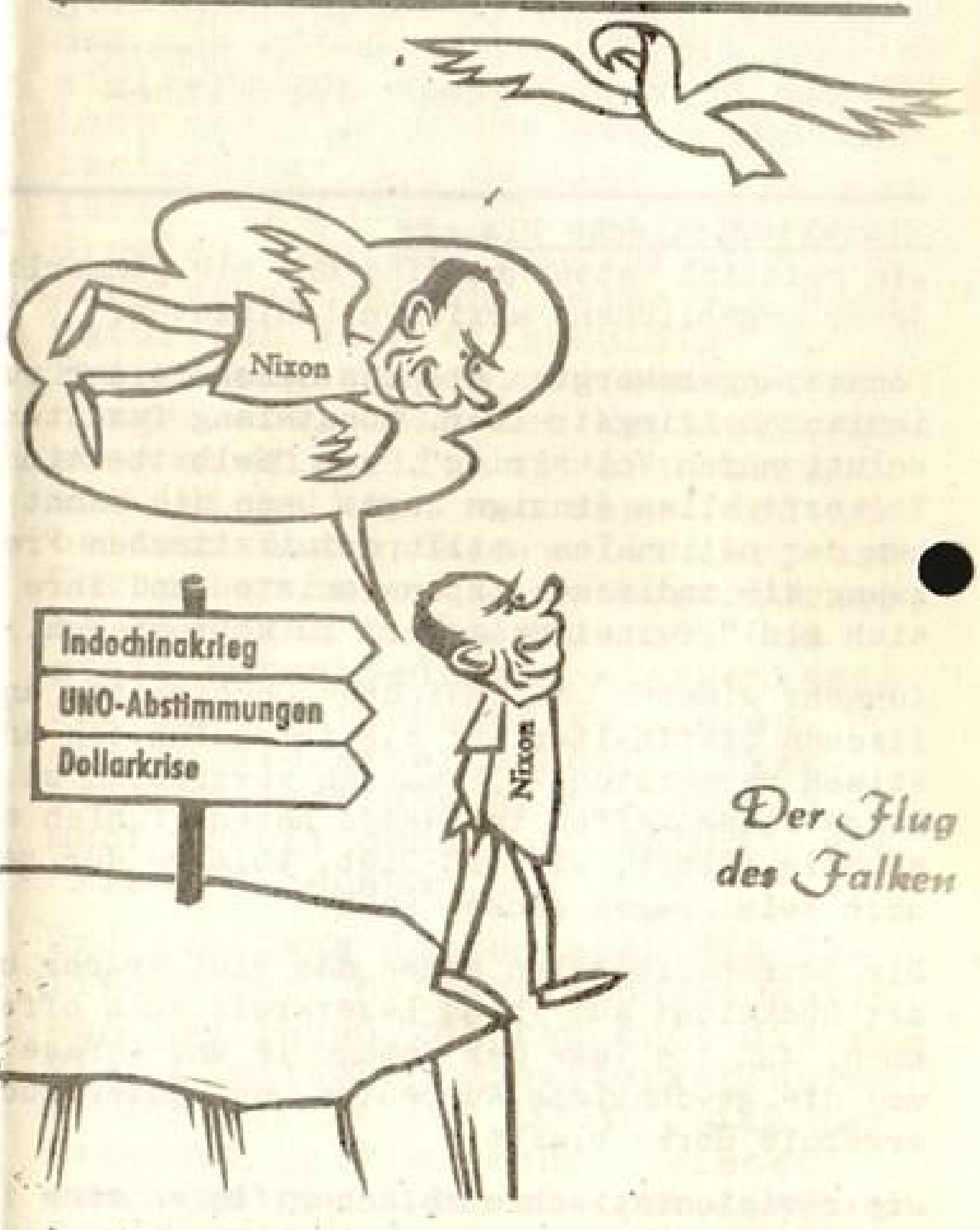
Scheich Mujibur Rahman hat am Montag die bengalischen Freischärler aufgerufen, ihre Waffen innerhalb von zehn Tagen den zuständigen Behörden abzuliefern. Mujib dankte den Guerillas für ihren Einsatz, bat jedoch um Verständnis dafür, daß im Interesse einer Normalisierung Waffenbesitz illegal und unter Strafandrohung sein werde.

VOREILIGER JUBEL

Wem das Herz voll ist, dem geht der Mund über. In ihrem Siegesrausch über die Erfolge der indischen Aggressoren ließen die Revisionisten das ohnehin unglaubwürdige Mäntelchen eines angeblichen Antiimperialismus fallen. Tag für Tag verfälschte die "Volksstimme" den mit Hilfe und auf Geheiß der russischen Sozialimperialisten inszenierten Überfall auf Pakistan als Akt der Solidarität mit einer nationalen Befreiungsbewegung. Und jetzt erklärt das Revisionistenblatt die VR China als "größten Verlierer".

Nun ist endlich die heuchlerische Maske ab. Hier muß den Vertrauensseligsten klar werden, was da unter "Antiimperialismus" verstanden wird, nämlich die Einkreisung der VR China. Das und nichts anderes ist der harte Kern der "Bangla Desh"-Frage. Dafür mußten unzählige Arbeiter und armen Bauern sterben, dafür werden zahlreiche Städte und Dörfer vernichtet und Millionen Menschen in noch tieferes Elend gestürzt! Das ist nicht Antiimperialismus, sondern nackte imperialistische Politik! Dabei triumphieren die Aggressoren und ihre Sprachrohre in aller Welt zu voreilig. Ein überlegenes Waffen- und Menschenpotential sowie Fehler der pakistanischen Regierung sind Ursachen der indischen Blitzsiege. Wie wenig solche Siege über den Ausgang eines Krieges aussagen, wissen wir in Österreich aus eigener Erfahrung. Den indischen Reaktionären wird es so ergehen wie den deutschen Imperialisten in den beiden letzten Weltkriegen.

Spricht es nicht Bände, wenn eine so bedeutende kapitalistische Zeitung wie die "Neue Zürcher Zeitung" unter die Überschrift "Bangla Desh" - Protektorat oder unabhängiger Staat?" den Untertitel "Düstere Prognosen - Indien als Ordnungsmacht" setzt. Und es heißt darin auch ganz ungeschminkt: "Die Gefahr, daß die Begeisterung der Bengalen in antiindische Stimmung, ja gar in Feindseligkeit umschlägt, ist höchst real."
Es liegt auf der Hand, daß zur Vorbereitung und Durchführung des kriegerischen Überfalls riesige Summen verpulvert wurden. Diese Millionenbeträge werden weder die indischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten noch ihre Anstifter im Kreml bezahlen. Sie sollen auf den Rücken der sowieso im größten Elend dahinsiechenden Massen abgewälzt werden. Und diese Menschen werden trotz chauvinistischer Kriegshetze erkennen, daß die Aggressionspolitik der herrschenden Klassen sie noch weiter ins Unglück geführt hat. Der Krieg reißt Millionen aus ihrem geschichtlichen Schlaf. So haben die Aggressoren den Felsen gelöst, der sie zerschmettern wird. Während die Kriegshetzer noch gewonnene Schlachten feiern, beginnt der Aufbruch der Massen. Was wird wohl am Ende mehr zählen?



Die Falken Breshnew und Konsorten werden genauso "fliegen"!

"SO, JETZT HAMMER EUCH"

EIN FALL VON NACKTER KLASSENJUSTIZ IN BREGENZ BEWEIST WIEDER EINMAL, FÜR WEN DIE MÜHLEN DER ÖSTERREICHISCHEN GERECHTIGKEIT MAHLEN.

Arbeitergesindel unter feinen Leuten.

In einer Bregenzer Wohnanlage wohnt mitten unter Beamten und Unternehmern eine geschiedene Hilfsarbeiterin mit ihrem Sohn. In "besseren Kreisen" empfindet man so etwas als eine Zumutung; die Behandlung, die man den "frechen Eindringlingen" angedeihen läßt, ist entsprechend. Das gipfelt in zwei Vorfällen: Als die gemeinsame Waschmaschine durch eine Haarnadel im Getriebe beschädigt wird, ist man sich einig: Die Baraberin wars, die Baraberin muß zahlen! (Von monatlichen Einkünften für sich und ihren Sohn um die 2000.-S).
Ein neues Fahrrad, das sie für ihren Sohn angeschafft hat, findet sich eines Morgens mit Totalschaden. Niemand wars; Anzeige unterbleibt.

"Sowas wie ihr g'hört net in die Demokratie..."

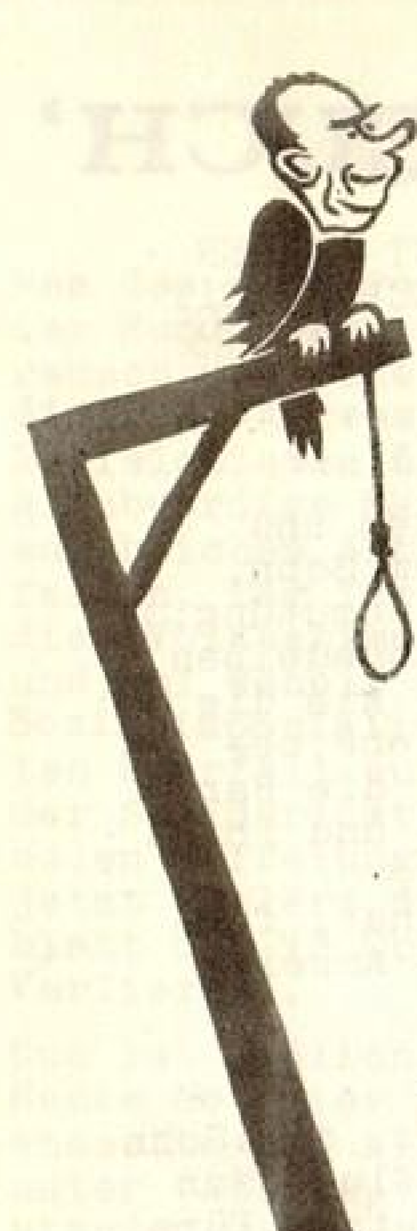
Zu dem Zeitpunkt, als das Fahrrad ausfällt, plant Heinz, der Sohn der Arbeiterin, mit seinem Freund Norbert einen Radausflug. Man beschließt, Heinzens altes Fahrrad wieder instand zu setzen. Fürs Vorderrad fehlen zwei Schraubenmuttern und zwei Beilagscheiben. Im Fahrradkeller befinden sich mehrere alte Räder; die Hausverwaltung hat wegen des Platzmangels schon gebeten, sie zu entfernen. Nun erlauben sich Heinz und Norbert, sich von einem dieser Räder das Gebrauchte "auszuleihen".
Sie sind noch mit ihren Rädern beschäftigt, als sie von einer wütend auf sie einschimpfenden Rotte von Hausbewohnern umstellt werden. Gleich erscheint ein Gendarm, packt Heinz mit den Worten: "So jetzt hammer euch!" beim Kragen und schleppt ihn zum "Tatort". Er wird mit auf die Wache genommen. Sein Freund Norbert (Vater Landesbeamter!) findet an sich nicht das Interesse der Gendarmen, schließt sich aber freiwillig an. Er wird zuerst ins Verhör genommen, dieweil in einem anderen Raum ein anderer Gendarm Gelegenheit hat, Heinz mit ausgesuchten Schimpfworten zu versehen: "Lumpen... Langhaardackel..... gehören nicht in die Demokratie...."

Lichtscheue Kreise.

Mit kriminalistischen Mätzchen (für den einen hat jeweils der andere schon "gestanden"; Versprechen, sie nicht anzuzeigen) wird den beiden "ein Geständnis abgerungen". Dabei wird die Gelegenheit nicht versäumt, sie auch noch des Einbruchs zu verdächtigen und Heinzens Zigaretten auf Haschisch zu untersuchen.
Auf Betreiben von Norberts Vater läßt man das Fahrrad des "Tatopfers" auf Kosten der Eltern für 200 Schilling generalüberholen.

Dann kommt der Prozeß vor einem Einzelrichter des Bezirksgerichtes Bregenz. Urteil: Je 5000 Schilling Geldstrafe. Kommentar zur Urteilsbegründung: Heinz verkehre bekanntlich in "lichtscheuen Kreisen". Die lichtscheuen Kreise: Junge Arbeiter, die der VRA nahestehen.
Zum "Drüberstreuen" setzt es für Heinz fristlose Entlassung (im Probemonat) aus seinem Dienstverhältnis.

Die Kontaktadresse der VRA-Vorarlberg lautet: Postfach 66, 6923 Lauterach



Der Aasgeier wartet – diesmal in Thailand

Mit der einen Taktik hat er Schiffbruch erlitten, der Aasgeier Nixon, nun versucht er im Auftrag der amerikanischen Imperialisten eine andere einzuschlagen. Er meint, Asiaten sollen gegen Asiaten kämpfen. Und so schickt er nun in zunehmenden Maße thailändische Söldner gegen die indochinesischen Freiheitskämpfer. Die Niederlage der Aggressoren wird dadurch nicht aufgehalten werden. Sie ist besiegelt!

Einen Teil der Vorgeschichte was Thailand betrifft, behandelt nachstehender Artikel.

Thailand – „sanfte" Diktatur

Nun hat er sich also ereignet, der Superputsch. Der Putsch der Putsche sozusagen. Denn was da in Thailand über die Bühne ging, das war kein gewöhnlicher Putsch. Ein gewöhnlicher Putsch pflegt sich nämlich so abzuspielen, daß irgendein Militärbefehlshaber irgendeinem bürgerlich-liberalen Ministerpräsidenten den Weisel gibt, weil er ihm zu „weich" erscheint und weil der CIA es wünscht. Daß ein Marschall und Ministerpräsident aber vor der schicksalsschwangeren Nestroyschen Frage steht: „Wer is stärker – i oder i?", das ist eine gelungene kabarettistische Einlage im ansonsten bitterernsten politischen Schauspiel.

Doch fangen wir vom Anfang an. Seit 1963 herrschte in Thailand der Marschall Kittikachorn, Militärdiktator von Amerikas Gnaden. 1969 fand es dann der US-Botschafter – nach dem Diktator der mächtigste Mann in Bangkok – an der Zeit, aus der anrüchigen Diktatur eine westliche Demokratie zu machen. Schön und gut, der Marschall „machte" also in Demokratie, gründete ein paar Konkurrenzparteien und führte garantiert freie, allgemeine Wahlen durch. Wer gewann die Wahlen und wurde Ministerpräsident? Der Leser ahnt es sicher schon: Es war der Marschall Kittikachorn.

Wider Erwarten blieb in Bangkok trotzdem nicht alles beim alten. Zivile Minister und Abgeordnete sind halt doch nicht so leicht zu kommandieren wie Berufsoffiziere. Ein paar von ihnen fanden bald Geschmack an den ihnen gewährten – ohnehin bescheidenen – Freiheiten, sie begannen dem Ministerpräsidenten dumme Fragen zu stellen und seine Politik zu kritisieren. Als dann bei der China-Abstimmung in der UNO die USA und damit auch ihr Vasall Thailand ganz grauslich unter die Räder kamen, da wagten es mehrere Minister und Abgeordnete doch tatsächlich, den Ministerpräsidenten höflich darauf aufmerksam zu machen, daß da hinten irgendwo in Ostasien eine Volksrepublik China mit 750 Millionen Menschen und fast 10 Millionen Quadratkilometern Größe existiere, was man in Thailand offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen habe. Kein Wunder, daß den Militärs (und dem CIA?) angesichts dieser Insubordination der Kragen platzte, denn wenn die Sprache auf „Rotchina" kommt, dann sieht ein Demokrat von echtem Schrot und Korn allemal noch rot. In einer dramatischen Aktion rettete also der Marschall Kittikachorn wieder einmal das Vaterland, indem er gegen den Ministerpräsidenten Kittikachorn putschte, vor dem Parlament in Bangkok Panzer auffahren ließ und die verdammten Zivilisten zum Teufel jagte.

Nach dem zweijährigen demokratischen Zwischenspiel ist Thailand nun wieder hochoffiziell eine Militärdiktatur. Allerdings eine „sanfte Militärdiktatur", wie der „Kurier" treuherzig zu berichten weiß. Was insofern stimmt, als korrupte Polizisten und geschäftstüchtige Schwarzhändler in Bangkok ja wirklich sanft behandelt werden. Weniger sanft geht es in den Nordostprovinzen des Landes zu, wo das Gewehrfeuer revolutionärer Guerillas und die Detonationen amerikanischer Fliegerbomben gewissermaßen zum guten Ton gehören.

Thailand heißt übrigens „Land der Freien", was zur Zeit freilich wie ein schlechter Witz klingt. Aber die Revolution breitet sich aus mit der Geschwindigkeit eines Steppenbrandes, und früher oder später wird Thailand wirklich frei sein, sowohl vom Marschall Kittikachorn als auch von amerikanischen Bomberpiloten.

STUDIEN ZUR LEHRLINGSFRAGE

Unter dem Titel "Zur Lage der Lehrlinge in Osterreich" ist eine Sondernummer der "roten garde" erschienen". Diese von uns erstellte Diskussionsgrundlage soll vor Berufsschulen und Lehrlingsheimen kolportiert werden. Bestellungen an: 1205 Wien, Postfach 3. Preis: S 3.--







Wollen Sie mehr darüber wissen? Beachten Sie die folgende Anzeige.